

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Poßschestraße Leipzig 28614

Gebühren-Mittel mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspunkt bei Schreibstelle am Markt, durch andere Absender zugestellt in die Stadt mindestens 4,50 M., auf dem Lande 6,50 M., durch die Post bezogen entsprechend 12,50 M. mit Zusatzgebühre. Wie Poststellen und Postbeamte sowie andere Absender und Geschäftsführer nehmen jederzeit Belehrungen entgegen. Im Falle schwerer Schadens wird oder droht Verjährungsfrist bei der Rechte keinen Unterschied auf Lieferung der Zeitung oder Abfertigung des Belegschaftes.



Intendantur 1 M. für die geballte Postpartie über deren Raum, Letztpreis 90 Pf., Neukosten 1,50 M. Bei Weiterleitung und Verlängerung entsprechender Preisreduktion. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Belegschaft bis zur nächsten Poststelle 1 M. Nachtrag-Gehalt 30 Pf. Ausgabenabrechnung bis vermöglichst 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Zweckverband übermittelten Ausgaben übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage einzuziehen werden muss oder der Auftraggeber in Wissensc. gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt Verleger und Drucker: Arthur Bischunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftsteller: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Bischunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 40.

Donnerstag den 17. Februar 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Das Reichsverteidigungsministerium plant vom 1. Juni 1921 ab eine bedeutende Erhöhung der Personentarife.
- * Demnächst sollen Verhandlungen über eine weitere Auslieferung des deutschen Flüchtlingsfahrzeugmaterials mit der Ukraine beginnen.
- * Generalstabschef v. Hindenburg hat das Protektorat über den Osmanischen Verein übernommen.
- * Die amerikanische Regierung erhebt Ansprüche auf die frühere deutsche Südseemiliz Pap.

Polnische Sorgen.

Die längste Ministerkrisis, die wohl jemals in einem parlamentarisch regierten Lande zu verzeichnen war, hat das Polenreich zwischen altem und neuem Jahr durchmachen gehabt. Wochenlang lebten förmlich die Warschauer Berichterstatter der großen Zeitungen des Westens von den täglich wechselnden Meldungen über den halben oder über den ganzen Zusammenbruch des Ministeriums Witos und über die verzweigten innen- und außenpolitischen Wicklungen, die sich daraus ergeben würden — bis schließlich der ganze Stoff sich in Wohlgemalen auslöste und Herr Piłsudski, der Staatspräsident und Feldmarschall, den Frankreich führt, als hätte er in der Heimat nicht das geringste zu befürchten. Kaum ist er jedoch, reich mit herzlichen Wörtern beladen, aber arm an wirklich herzhaften Gaben der Freundschaft, nach Warschau zurückgekehrt, da beginnt das Antreten im Gebülf sich wieder um so vernehmlicher bemerkbar zu machen.

Als erster Warner meldet sich der Kongress der polnischen Menschheit, also sozusagen der Mehrheitssozialisten von der Weichsel. Sie gehören bisher zu den Regierungsparteien, sind aber nun mehr zur Opposition übergegangen, und verlangen die Auflösung des polnischen Reichstages, des sogenannten Sejm, dessen Hauptaufgabe, die Schaffung einer grundlegenden Verfassung für den neuen Polenstaat, nun wohl endlich gelöst sein wird. Aber in der Frage der Einheitskammer hat die Linke nach harten Kämpfen eine schwere Niederlage erlitten. Der von ihr am stärksten befürwortete Staat ist, wenn auch nur mit geringer Mehrheit, in die Verfassung aufgenommen worden, und obwohl seine Besitzungen ziemlich knapp bewusst wurden, um den demokratischen Charakter des Staatswesens nicht allzu sehr zu gefährden, zeigen sich die Parteien der Linken doch im höchsten Grade ungeduldig über einen „Sieg der Reaktion“, von dem sie sich für die Zukunft des Landes nichts Gutes versprechen. Der Kongress erklärte, die Arbeiter müssten es durchsetzen, daß die Staatsgewalt in die Hände der Arbeiter und Bauern übergehe, wobei zu bemerken ist, daß schon jetzt ohne die Zustimmung der Bauernpartei, deren Führer zurzeit an der Spitze der Regierung steht, sozusagen kein Apfel in Polen zur Erde niedergefallen kann. Bleiben also die Arbeiter, die bei der Teilung der Herrschaft mit den Bauern bisher allerdings zu kurz gekommen sind. Aber hier liegt der Knüppel wieder einmal beim Hund. Denn einmal sind die Bauern einig und geschlossen und wissen, was sie wollen, und dann gibt es ihnen wirtschaftlich noch verhältnismäßig ganz gut in Polen, wie ja überhaupt die Landwirte in den siegreichen wie in den besiegten Ländern den Wechsel der Zeiten eingemessen glimpflich überstanden haben. Die polnischen Bauern sind jedenfalls alles andere nur nicht revolutionär gefestigt, während man den Arbeitern ungleich eher zutrauen darf, daß sie es angebricht der Rechtsbewegung des Sturzes im Sejm endlich einmal mit anderen Methoden versuchen wollen. Dabei kommt ihnen natürlich die erbärmliche Lage des eigentlichen Proletariats in den Städten zu Hilfe. Von der Leitung, unter der es zu leiden hat, können wir uns wohl kaum eine zutreffende Vorstellung machen, so unglaublich fahrig auch über die Preise für die alltäglichen Lebensbedürfnisse fortgesetzt berichtet werden. An freundlichen Erinnerungen von Moskau her wird es ganz gewiß auch nicht fehlen. Dort hält man Eile nachgerade für geboten, wenn nicht das ewige Gerede von der alles befreienden Weltrevolution versummen soll. Polen wurde immer schon vor die nächste Stufe zum bolschewistischen Himmelreich gepriesen; vielleicht soll dort jetzt, da man der endgültigen Einstellung der Feindseligkeiten gegen Sowjetrussland nahe gekommen scheint, zum entscheidenden Schlag ausgeholt werden.

Wer es mit diesen Friedensverhandlungen indessen eilliger hat, die Polen oder die Russen, ist schwer zu entscheiden. Die Polen haben ihren Finanzminister noch nicht geschickt, und die Russen wollen danach seine Unwürdigkeiten sein und ihrerseits gleichfalls einen hervorragenden Vertrauensmann mit neuen Sachverständigen dorthin abordnen. Ob diese neuen Männer freilich zur Beschleunigung der Verhandlungen beitragen werden, ist eine andere Frage. Beide Parteien sind Meister in der Kunst des Verschlippens, und wenn die Polen nicht mehr länger verborgen können, daß sie unter allen Umständen zu Ende kommen müssen, können sie um so sicherer darauf rechnen, daß die Russen sie mit doppelter Vergnügen an der Kasse herumziehen werden. So kann das liebliche Spiel sich noch unabsehbar hinziehen. Fragt sich nur, wie lange der durch morsche, der sterbenkonnte Polenstaat es noch auszuhalten vermag.

Die Presse und Dr. Simons.

Rückläufige zur Stuttgarter Rede.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ findet die Stuttgarter Rede des deutschen Außenministers sehr geschildert und meint, es dürfte außer Zweifel stehen, daß Simons' Vorschlag zur solidarischen Lösung des Produktionsproblems einen praktisch sehr wohl diskutierbaren Kern enthalte. Schwieriger sei die Frage zu beantworten, ob eine solche Rechnung — auch angenommen, daß sie richtig kalkuliert wäre — nicht zu sehr eine ferne Zukunft im Auge habe. Was die schwergeschädigten Länder Westeuropas vor allem verlangten, sei sofortige Abhilfe. Unter allen Umständen aber sei die Rede von Dr. Simons ein geschickter Aufschwung Londoner Konferenz. Sie zeige, daß von deutscher Seite eine Grundlage gefunden worden sei, von der aus Verhandlungen möglich wären.

Gegen Deutschlands Erwürgung.

Die italienischen katholischen Gewerkschaften veröffentlichten einen scharfen Protest gegen die Pariser Forderungen und die angedrohten Sanktionen, die 42 Jahre deutscher Nachschub zugunsten des ausländischen Kapitalismus und Imperialismus und die gravame Verlängerung der im Kriege proklamierten Ziele „Gerechtigkeit und Freiheit“ bedeuten. Durch solche Auszuschreibungen würde der Wiederaufbau Europas verzögert und dafür in den Beziehungen der Nachgefecht genährt. Im Namen der christlichen Ideale protestieren die Gewerkschaften gegen diesen Versuch, daß deutsche Volk zu erwürgen.

Der Ruf nach dem Maulstöß.

Zur Stuttgarter Rede des Reichsministers Dr. Simons sagt „Journal des Debats“, der Minister habe sich vorerst ausgedrückt, als in seiner Reichsstadtsteile, aber aufs neue erklärt, das Abkommen von Paris sei als Verhandlungsgrundlage unannehmbar. Er habe gesagt, die Revision des Versailler Friedensvertrages sei unvermeidlich. Er habe sogar dagegen protestiert, daß der Vertrag von Versailles Deutschland die Schulden am Kriege zuverlässt. Man könne nicht gestatten, daß die Minister von Berlin und Wien die Legende von der Unschuld verbreiten. Die Alliierten dürfen offizielle Kundgebungen wie die in Stuttgart nicht dulden. Die Deutschen wären nicht nach London berufen, um über die Revision des Pariser Abkommen zu verhandeln, sie hätten nur Vorschläge über die besten Ausführungsmethoden der in Paris getroffenen Entscheidungen vorzubringen. Man dürfe nicht dulden, daß sie von Revision sprächen. „Temps“ meint, die Stuttgarter Rede gebe allen denjenigen recht, die die Notwendigkeit erkannt haben, zu handeln. Die deutsche Regierung gehe nach London in der Absicht, daß Abkommen vom 29. Januar abzulehnen, weil der ersten Weigerung im Reichstag keine Saufaktion gefolgt sei.

Der neue Eisenbahn-Personentarif.

Vom 1. Juni 1921 ab.

In Berlin tritt unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stiebel der Sachverständigen-Beirat des Reichsverkehrsministeriums zusammen, um zu den vom Ministerium und der zuständigen Tarifkommission ausgearbeiteten Vorschlägen für die Erhöhung der Gütertarife sein Gutachten abzugeben. In der Eröffnungsrede machte der Staatssekretär auch Mitteilungen über die beabsichtigte Erhöhung des Personentarife. Die Eisenbahnverwaltung führt demnach, wie bei der Neuordnung der Gütertarife ab 1. 12. 1920, eine organische Neuordnung der Personentarife durch.

Die neuen Fahrpreise sollen sich auf Einheitsläufen aufbauen, die betragen werden: für die 4. Klasse 13, für die 3. Klasse 19,5, für die 2. Klasse 32,5 und für die 1. Klasse 58,5 Pfg. je Kilometer. Gegenüber den Friedensfahrpreisen bedeuten diese Sätze eine Steigerung von 550 Prozent für die 4. und 3. Klasse, von 622 Prozent für die 2. und 735 Prozent für die 1. Klasse.

Demnach würde z. B. eine Reise von Berlin nach Hamburg häufig kosten: 38 M. (statt bisher 26,4) in der 4., 57 M. (42,4) in der 3., 95 M. (70,-- in der 2. und 170 M. (156,6) in der 1. Klasse. Für die Strecke Berlin — Frankfurt a. M. beträgen die neuen Fahrpreise: 71 M. (49,--) in der 4., 106 M. (78,--) in der 3., 176 M. (129,6) in der 2. und 316 M. (291,6) in der 1. Klasse.

Die Schnellzugszüge werden unter Beibehaltung des bisherigen 3-Zonenpreises (bis 75, bis 130 und über 150 Kilometer) erhöht auf 8 M. 16 M. und 24 M. in der 1. und 2. Klasse und auf 4 M. 8 M. und 12 M. in der 3. Klasse. Die neuen Fahrpreise sollen am 1. Juni 1921 in Kraft treten.

Für ein deutsches Oberschlesien!

Bon den Gewerkschaften aller Richtungen in Oberschlesien ist uns folgender Aufruf augegangen:

„Kollegen!

Wir stehen vor dem Endkampf um die Zugehörigkeit Oberschlesiens. Die unterzeichneten Gewerkschaften zweifeln nicht an dem Sieg der Kultur und des Fortschritts. Oberschlesien wird deutsch stimmen. Dafür werden die organisierten Arbeiter und Angestellten sorgen.

Aber der Friedensvertrag gibt der Entente das Recht, ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Abstimmung die Grenze festzulegen. Darum muß die Mehrheit für Deutschland eine überwältigende werden, so gewaltig, daß die Entente es nicht wagt, auch nur den kleinsten Teil von Oberschlesien abzutrennen.

Arbeiter, Angestellte im Reiche!

Auch um eure Interessen geht es. Jeder Verlust im oberschlesischen Industriegebiet ist ein Verlust für euch. Unsere Industrie ist mit eurer Existenz so eng verwachsen, daß eines ohne das andere nicht leben kann.

Ein deutsches Oberschlesien liefert euch die Rohstoffe für eure Arbeit. Ein deutsches Oberschlesien bedeutet für euch Arbeit und Verdienst, Brod und Kleidung für eure Frauen und Kinder. Ein polnisches Oberschlesien zerstört die Rohstoffquellen und bringt für euch Arbeitslosigkeit, Not und Elend für eure Familien.

Zeigt also eure Solidarität! Werbt für Oberschlesien. Kein Abstimmungsrecht erlangt im Reiche darf zu Hause bleiben, wenn er nicht unsere gemeinsame Sache verraten will. Kollegen, sorgt dafür, daß jeder seine Pflicht erfüllt. Belehrt die Unwissenden, mahnt die Säumigen, unterstüttet uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

Einer für alle, alle für einen!

Auf zum Kampfe für Recht und Kultur!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat durch seine bisherige Tätigkeit bewiesen, daß er sich von allen nationalistischen Treiberen fernhält. Auch für den polnischen Arbeiter ist er schon mit Wort und Tat eingetreten. Es kann ihm aber nicht gleichgültig sein, ob Oberschlesien an Polen abgetreten werden muß oder nicht. Unter polnischer Regierung wären die Errungenschaften der oberschlesischen Industrie nicht nur für Deutschland verloren, sondern die oberschlesische Industrie selber müßte unschätzbar dem Ruin entgegenziehen. Darum fordern wir die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften auf, im Sinne dieses Aufrufes zu wirken.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Politische Rundschau.

Raub der deutschen Flüchtlings.

Nachdem das internationale Schiedsgericht einen gewissen Teil der deutschen Flüchtlingsfrage der Rheinländer Frankreich zugesprochen hat, beschäftigt es sich jetzt mit der Prüfung des deutschen Schiffahrtsmaterials auf anderen internationalen Flüssen laut Artikel 339 des Vertrages.

„Beteidigte Besatzungstruppen.“

Ein französischer Brückenopfkommandant in Rehle wurde fürstlich ein Einheimischer zu einer Gefängnisstrafe von sechs Tagen wegen „Beteidigung der Besatzungstruppen“ verurteilt. Der Verurteilte hatte in einer Wirtschaft auf einem Münzautomaten das Lied „Heil dir im Siegerland“ spielen lassen!

Verhaftung bayerischer Kommunisten.

Durch eine Abteilung Sicherheitswehr wurden gemeinsam mit der Gendarmerie in Plattling in Niederbayern bei verschiedenen Orten Haushaltungen vorgenommen, da der Verdacht bestand, daß in Plattling eine Kommunistenzentrale bestiehe. Es wurde sehr viel Material (Waffen, Munition, Geld, Schriftstücke) gefunden und beschlagnahmt. Der Eisenbahnschlosser Simmelth wurde in Schughalt genommen.

Großbritannien.

„X“ Verlauf von deutschen Schiffen. In London wurde eine Liste von 89 ehemaligen deutschen Schiffen veröffentlicht, die von Lord Inchcape zum Raub angeboten werden. Darunter befinden sich 14 als Brüder aufgebrachte Dampfer mit einer Wasserdrängung von je 5000 bis 6000 Tonnen. Die zum Raub angebotenen Schiffe können von allen, neutralen oder britischen Untertanen erworben werden. Unter 74 Schiffen, die nur für britische Untertanen zum Kauf angeboten werden, befinden sich bekannte deutsche Passagierdampfer, darunter „Bremen“, „Napoleon“, „Kaisers Augustus Victoria“ und drei neue Dampfer „Tirpitz“, „Wadai“ und „München“. Das letzte Schiff von 18 000 Tonnen nähert sich in Deutschland seiner Ankunftslinie.

Amerika.

„X“ Erhöhter Flottenbau. Nach erregter Debatte wurde im Repräsentantenhaus der Antrag Brooks, daß von den für den Flottenbau im Jahre 1921 bewilligten 90 000 000 Dollars nichts ausgegeben werden soll, bevor Präsident Wilson eine internationale Abrüstungskonferenz einberufen habe, mit 124 gegen 30 Stimmen verworfen.

„X“ Ansprüche auf die Insel Yap. Die Vereinigten Staaten haben sich an die japanische Regierung gewandt mit der Bemerkung, daß sie eine meteorologische Station auf der